



Sarah Ryglewski

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen

## **„Zusammen stark – Gute Arbeit, sichere Renten“ gut besuchte Diskussion mit Andrea Nahles**

„Die Rente ist nicht nur eine politische, sondern eine gesellschaftliche Frage, die uns alle angeht. Und deshalb müssen wir auch als Gesellschaft entscheiden, was sie uns wert ist“, sagt die SPD-Bundestagsabgeordnete Sarah Ryglewski zum Ende der sehr gut besuchten Veranstaltung „Zusammen stark - Gute Arbeit, sichere Renten“ am Donnerstag, 2. März, im Wallsaal der Zentralbibliothek. Gemeinsam mit der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, hatte Ryglewski zu der Veranstaltung eingeladen. Die rund einhundert Bremerinnen und Bremer beteiligten sich rege an der Diskussion. „Andrea Nahles und ich sind uns einig: Gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie der Schutz vor Altersarmut oder die Mütterrente müssen von allen bezahlt werden – durch eine gerechte Steuerpolitik, die hohe Einkommen stärker in die Verantwortung nimmt und auch Firmen heranzieht, die bisher in Deutschland kaum oder gar keine Steuern gezahlt haben. Auf diese Weise gestalten wir die gesetzliche Rente zukunftsfähig und machen den Ruhestand nicht abhängig von den Hochs und Tiefs der Kapitalmärkte. Das von der Bundesregierung vorgelegte Rentenkonzept ist ein guter Ausgangspunkt, da es eine Abkehr vom Dogma der Beitragssatzstabilität darstellt und mit einer Haltelinie von 46 Prozent ein deutlich höheres Rentenniveau im Jahre 2030 vorsieht, als die bisherige gesetzliche Regelung“, sagt Ryglewski. Gleichwohl machte sie auch deutlich, wo weiterer Diskussionsbedarf besteht: „Der Landesvorstand der Bremer SPD hat einen Antrag beschlossen der u.a. ein Rentenniveau von 50 Prozent für nötig und auch finanzierbar hält.“ Auch an anderen Punkten, wie etwa der Riester-Rente, gäbe es Unterschiede. „Wir werden bis zum Programmparteitag Ende Juni Unterstützung für unsere Positionen sammeln und sind zuversichtlich, dass die SPD mit einem guten Rentenkonzept in den Wahlkampf starten wird. Die Grundlagen dafür sind gelegt.“